



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 16.7.2016

Inhalt

Der Bundesrat lädt die Sprachenfrage unnötig auf.....	1
«Die Kantone haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht»	2
Pflicht für Frühfranzösisch, Sprachenstreit	3
«Amoklauf» gegen Sprachfrieden	4
Mes chers compatriotes, ça suffit!	5
Symbolstreit der Politiker	6
«Englisch kann man getrost in die Oberstufe verschieben».....	8
Wo bleibt das Welschlandjahr?	9
Lehrplan 21 – keine Methodenfreiheit und kein Klassenunterricht mehr!.....	11
Der Bildungsauftrag geht alle an	12

Der Bundesrat lädt die Sprachenfrage unnötig auf

NZZ am Sonntag 10.7.2016

Von René Donzé

Der Bundesrat will den Deutschschweizern vorschreiben, dass sie Französisch in der Primarschule lehren müssen – und die Welschen Deutsch. Damit stilisiert Kulturminister Alain Berset die Fremdsprachenfrage unnötigerweise zu einer Grundsatzfrage hoch, an der angeblich der Zusammenhalt unseres Landes hängt. Das ist masslos übertrieben. Die Autobahn 1 und der Schnellzug von St. Gallen nach Genf sind wichtiger für die nationale Kohäsion als die Verteilung des Fremdsprachenunterrichts über die Schuljahre. Denn: Niemand in der Deutschschweiz will das Französisch aus den Schulen verbannen – selbst die Thurgauer nicht. Es ist unbestritten wertvoll, dass unsere Kinder eine zweite Landessprache lernen. Daran wollen auch die in einigen Kantonen eingereichten Initiativen nicht rütteln, die nun in Bundesbern für Hektik sorgen. Es geht lediglich darum, ob zwingend Französisch und Englisch schon auf Primarstufe unterrichtet werden müssen. Oder ob es nicht sinnvoller wäre, zuerst das eine intensiv zu lernen und dann das andere ebenso intensiv in der Oberstufe. Das ist eine rein pädagogische Diskussion, keine politische. Diese zu führen, ist Sache der Kantone. Sie haben die Bildungshoheit, nicht der Bund.

«Die Kantone haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht»

NZZ am Sonntag 10.7.2016

Bund muss im Sprachenstreit eingreifen, sagt Ständerat Lombardi

NZZ am Sonntag: Was sagen Sie dazu, dass der Bundesrat den Kantonen Vorschriften in der Sprachenfrage machen will?

Filippo Lombardi: Das ist ein sehr sensibles Thema, weil der Bund damit in die Bildungshoheit der Kantone eingreift. Das wird natürlich von einigen als Angriff auf den Föderalismus verstanden. Diese Ängste muss man ernst nehmen. Und doch ist der Zeitpunkt gekommen, dass der Bund handeln muss.

Warum?

Weil die Kantone genügend Zeit hatten, sich in der Fremdsprachenfrage zu finden. Sie waren eigentlich mit ihrem Sprachenkonzept von 2004 und dem Harnos-Konkordat auf gutem Weg dazu. Doch nun läuft es wieder in die andere Richtung. Das darf nicht sein. Wir müssen die Mehrsprachigkeit der Schweiz schätzen und schützen.

Warum wäre es so schlimm, wenn nicht in allen Deutschschweizer Kantonen bereits in der Primarschule Französisch gelehrt würde?

Das ist eine grundsätzliche Frage. Man sieht in anderen Ländern, was passiert, wenn Sprachen von Minderheiten marginalisiert werden. So ist zum Beispiel Belgien – wo ich sechs Jahren gelebt habe – wegen des Sprachenstreits als Land faktisch geplatzt. Und in der Ukraine haben die Probleme damit angefangen, dass Russisch als zweite Amtssprache abgeschafft wurde. Das zeigt, wie gross die Verantwortung der Politik ist, wenn es um die Sprachen im eigenen Land geht. Hier sind die Empfindlichkeiten gross.

Der Vergleich mit der Ukraine hinkt. Dort hat die Regierung eine Sprache verdrängt, hier will der Bund die Sprachenvielfalt in der Primarschule erzwingen.

Im Grunde genommen geht es aber hier wie dort immer um den Umgang mit Minderheiten. Es ist nicht zuletzt eine Frage des Respektes, ob wir eine zweite Landessprache früh und gründlich genug lernen. Das fördert den nationalen Zusammenhalt. Das Genie der Schweiz besteht darin, dass sie ihre Vielsprachigkeit schon früh in der Primarschule den nächsten Generationen weitergibt, was auch für die Kinder einfacher ist.

Davon haben die Tessiner herzlich wenig, kaum jemand in der Deutschschweiz oder der Romandie lernt ja Italienisch.

Das stimmt zwar. Doch wenn wir Tessiner einmal Deutsch oder Französisch gelernt haben, sind wir in der Lage, mit der ganzen Schweiz zu kommunizieren, weil dort diese beiden Landessprachen gelehrt werden. Wir können uns mit Deutsch auch in der Romandie verständigen oder mit Französisch in der Deutschschweiz. Wenn nun aber dort diese Sprachen unter Druck kommen, stellt sich irgendwann auch für die Tessiner die Frage, ob sie nicht besser bloss Englisch lernen sollen. Sonst haben sie ja für die Füchse gelernt.

Sie als Ständerat sollten doch den Föderalismus verteidigen.

Manchmal muss der Bund eben einschreiten. Die Kantone haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Vielmehr tendieren sie dazu, sich davon zu verabschieden, wie das nun im Thurgau geschieht und an anderen Orten in der Luft liegt.

Aber das sind doch urdemokratische Prozesse in den Kantonen.

Natürlich ist die Sprachenfrage auch eine demokratische Angelegenheit. Die Frage ist bloss, auf welcher Stufe wir sie behandeln wollen. Aus meiner Sicht muss sie im

Grundsatz national gelöst werden. Das ist ja nicht das erste Mal so. Schliesslich wurde auch der Verfassungsartikel Jugend und Musik national per Volksinitiative eingeführt. Wir sind ein Bundesstaat, und das heisst, dass man wichtige Angelegenheiten auch auf Bundesebene lösen kann.

Glauben Sie, dass die CVP-Fraktion Ihre Haltung stützt?

Wir haben die Diskussion noch nicht geführt, darum gibt es noch keine offizielle Haltung der CVP. Das sind die persönlichen Überlegungen eines Tessiners, der ein grosses Interesse an der nationalen Kohäsion hat.

Wenn der Bund die Fremdsprachenfrage regelt, dürfte es zum Referendum kommen. Dann wird genau dieser Zusammenhalt auf den Prüfstand gestellt.

Natürlich kann eine weitere Zerreissprobe auf uns zukommen. Doch das ist nicht die erste und nicht die letzte schwierige Abstimmung in diesem Land. Die Schweiz ist gerade deswegen ein Erfolgsmodell, weil sie sich mit solchen Fragen auseinandersetzt und sich immer wieder findet. Wenn wir das verhindern wollten, müssten wir Volksabstimmungen ganz abschaffen.

Haben Sie keine Angst, dass die Sprachminderheiten in einer Abstimmung überstimmt werden?

Diese Gefahr besteht natürlich. Ich hoffe darum sehr, dass sich entweder der Bundesrat am Ende der Vernehmlassung doch noch mit den Kantonen einigen kann oder wir im National- und Ständerat eine mehrheitsfähige Lösung finden. Herr Berset spielt nicht mit dem Feuer. Vielmehr versucht er die Diskussion auf eine vernünftige Ebene zu bringen und diese vernünftig zu führen. Davor dürfen wir uns nicht drücken. Denn diese Debatte kommt in vielen Kantonen wegen der dort lancierten Initiativen ohnehin, ob wir wollen oder nicht. Also führen wir sie besser gleich auf Bundesebene. Ich schaue dieser Auseinandersetzung aber relativ gelassen entgegen.

Und wie wollen Sie die Stimmbürger bei einem allfälligen Referendum überzeugen?

Einerseits geht es, wie gesagt, um den Respekt vor Minderheiten und den nationalen Zusammenhalt. Andererseits ist die Mehrsprachigkeit gerade für unsere Jugend ein Trumpf. Insbesondere jenen Kreisen, die Angst haben vor ausländischen Arbeitskräften, sollte es doch einleuchten, dass eine gute Bildung wichtig ist. Wer nicht nur Englisch, sondern auch unsere Landessprachen beherrscht, hat bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, im Inland und im Ausland. Wir haben die Möglichkeit, den natürlichen Vorteil der mehrsprachigen Schweiz zu nutzen. Es gibt wirklich nichts, was da dagegen spricht.

Interview: René Donzé

Pflicht für Frühfranzösisch, Sprachenstreit

TalkTäglich vom 7. 7. 2016 mit Lilo Lätzsch, Präsidentin Zürcher Lehrerverband und Hanspeter Amstutz, Leiter Initiative „Eine Fremdsprache an der Primarschule.“

<http://www.telezueri.ch/86-show-talktaeglich/11107-episode-pflicht-fuer-fruehfranzoesisch>

SonnTalk vom 10.7.16 mit Natalie Rickli, Daniel Jositsch und Gerhard Pister.

<http://www.telezueri.ch/66-show-sonntalk>

«Amoklauf» gegen Sprachfrieden

Sonntagszeitung.ch, 10. Juli 2016

Mit seiner Intervention spiele Alain Berset mit dem Feuer, sagt Ernst Buschor, Co-Präsident des Forums Bildung

Nadja Pastega

Zürich Am 31. März fand in Bern unter der Leitung von Erziehungsdirektor Bernhard Pulver ein Hearing zum Fremdsprachenlernen statt. Thema: das Spracherwerbskonzept in den Pässepartout-Kantonen. Dazu gehören Basel-Stadt, Baselland, Bern, Freiburg, Solothurn und Wallis. In diesen sechs Kantonen lernen die Primarschüler als erste Fremdsprache Französisch – so zumindest steht es im Stundenplan. Doch das Ergebnis des Frühfranzösisch-Unterrichts ist äusserst bescheiden, wie sich am Hearing zeigte.

Vor 25 Sitzungsteilnehmern musste die Pässepartout-Projektleitung einräumen, dass die Schüler nach vier Jahren Frühfranzösisch die Top-500-Wörter, also die am häufigsten verwendeten Französisch-Vokabeln, nicht abrufen können. Jetzt soll es die Technik richten: Mit einer neu entwickelten, speziellen App müssen die Schüler künftig im Selbststudium das Französisch-Manko ausbügeln. Trotz dieses ernüchternden Befunds will Bundesrat Alain Berset jetzt alle Kantone per Gesetz zwingen, in der Primarschule eine zweite Landessprache zu lehren — für die Deutschschweiz bedeutet das faktisch ein Frühfranzösisch-Obligatorium. Um das durchzudrücken, schickte Berset diese Woche drei Varianten für einen neuen Paragraphen des Sprachengesetzes in die Vernehmlassung – ein Ultimatum an die Adresse der Abweichler-Kantone.

«Gegen Gesetz wird sicher Referendum ergriffen»

Mit seinem Warnschuss zielt Bundesrat Berset nicht nur auf den Kanton Thurgau, der das Französisch auf die Oberstufe verschieben und in der Primarschule nur noch Englisch unterrichten will. Der Innenminister will mit seiner zentralstaatlichen Intervention auch die Welle von Volksinitiativen stoppen, die in mehreren Deutschschweizer Kantonen – darunter Zürich – angerollt ist. Diese Volksbegehren wollen den Fremdsprachenunterricht an der Primarschule reduzieren – meist soll es in der Primarschule nur noch Englisch geben und das Frühfranzösisch gekippt werden.

Das will Berset verhindern. Der Bundesrat begründet sein Eingreifen damit, «dass staatspolitische und bildungspolitische Gründe harmonisierte Vorgaben zum Unterricht der Landesprachen erfordern».

Der Sprachbefehl aus Bern kommt bei Ernst Buschor, ehemaliger Bildungsdirektor des Kantons Zürich und heutiger Co-Präsident des Forums Bildung, schlecht an. Er warnt vor den «negativen Wirkungen» einer Bundesintervention: «Bundesrat Berset macht einen kontraproduktiven Amoklauf gegen den Sprachfrieden, er spielt mit dem Feuer», sagt er. «Gegen dieses Gesetz wird mit Sicherheit das Referendum ergriffen. Das könnte den Sprachenstreit dann erst so richtig entfachen.» Der umtriebige CVP-Bildungspolitiker ging als «Reformturbo» in die Annalen ein. Sein Motto: Let's do it. Damit entfachte er die Schweizer Sprachendebatte: Unter seiner Führung wurde in Zürich als erstem Kanton um die Jahrtausendwende an der Primarschule Frühenglisch eingeführt und dem Französisch vorgezogen. Andere Zentral- und Ostschweizer Kantone zogen nach.

Gesetzlicher Sprachenzwang sei unnötig und schädlich

Nach jahrelangen Diskussionen einigte sich die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) 2004 auf einen Kompromiss: Man überliess es den Kantonen, welche Fremdsprache zuerst unterrichtet wird, legte jedoch fest, dass die erste ab der 3., die zweite ab der 5.

Klasse unterrichtet werden. Appenzell Innerrhoden und Uri haben diesen EDK-Beschluss nie umgesetzt – Französisch wird erst auf der Oberstufe unterrichtet.

Ernst Buschor befürwortet zwar den Sprachenbeschluss der EDK, kritisiert aber, dass Berset seine Intervention damit rechtfertige, dass ohne Frühfranzösisch der nationale Zusammenhalt verloren gehe. «Das ist eine Behauptung, die bis jetzt niemand untersucht und belegt hat», sagt Buschor. «Die Appenzeller und Urner sind keine schlechteren Schweizer.» In beiden Kantonen sei unbestritten, dass die Schüler am Ende der Schulzeit Englisch und Französisch gleich gut beherrschen müssten. Die Schweiz habe existenziellere Probleme zu lösen und solle «die Kräfte nicht auf ideologische Nebenkriegsschauplätze konzentrieren», sagt Buschor. Der gesetzliche Sprachenzwang aus Bundesbern sei nicht nur unnötig, sondern auch schädlich: «Das provoziert einen Sprachenstreit, der an der Urne ausgetragen wird – daraus werden nur Verlierer hervorgehen.»

Mes chers compatriotes, ça suffit!

Sonntagszeitung 12.07.16

Nadja Pastega hat kein Verständnis für das von Alain Berset geforderte Frühfranzösisch, das zur Frage des «nationalen Zusammenhalts» hochstilisiert wird.

Das Schweizer Sprachen-Seldwyla geht weiter. Bundesrat und Innenminister Alain Berset will Deutschschweizer Kantone per Gesetz zwingen, schon in der Primarschule eine zweite Landessprache zu unterrichten. Das kommt faktisch einem Frühfranzösischobligatorium gleich. Von Berset und anderen Franz-Fans wird es zur Frage des «nationalen Zusammenhalts» hochstilisiert, dass alle Deutschschweizer Primarschüler zwei Stunden pro Woche im Frühfranzösischunterricht sitzen. Das ist pure Hysterie. Bis in die Neunzigerjahre gab es kein Frühfranzösisch, ohne dass die Schweiz auseinandergefallen wäre.

Das Eingreifen des Bundesrats ist ideologisch motiviert. Es gibt dafür keine pädagogischen Gründe. Das ist stossend. Es kann nicht sein, dass sämtliche Deutschschweizer Schüler auf Teufel komm raus in der Primarschule zwei Stunden pro Woche Frühfranzösisch lernen sollen, nur weil sich die Romands sonst übergangen fühlen. Für den nationalen Zusammenhalt spielt es keine Rolle, wann der Fremdsprachenunterricht beginnt – sondern einzig, wie gut die Schülerinnen und Schüler die Sprache am Ende der obligatorischen Schulzeit beherrschen.

Wie Bersets zentralstaatliche Intervention war bereits der Sprachenbeschluss der Erziehungsdirektorenkonferenz von 2004 politisch motiviert: Für das Modell, dass ab der dritten Klasse die erste und ab der fünften Klasse die zweite Fremdsprache unterrichtet wird, gibt es keine pädagogische Notwendigkeit.

Im Gegenteil: Studien haben gezeigt, dass das Alter für das Lernen einer Sprache nicht entscheidend ist. Frühstarter haben keine nachhaltigen Vorteile – Schüler, die erst in der Oberstufe mit einer Fremdsprache beginnen, holen den Rückstand gegenüber jenen, die damit schon in der Primarschule angefangen haben, schnell auf. Das hat eine Untersuchung der Zürcher Linguistin Simone Pfenninger ergeben. Sie erhielt dafür von der Universität Zürich die Habilitation. Wie vergiftet die Fremdsprachendebatte inzwischen geführt wird, zeigt die Reaktion von EDK-Präsident Christoph Eymann auf diese Arbeit. Um das EDK-Sprachenkonzept argumentativ über die Forschungsergebnisse hinwegzuretten, kanzelte er Pfenningers Studie als «qualitativ ungenügend» ab.

Für das erfolgreiche Lernen einer Sprache sind Qualität, Quantität und Intensität des Unterrichts entscheidend. Das Kurzfutterkonzept an den Primarschulen mit zwei bis drei

Lektionen pro Woche kann nicht funktionieren. Es braucht deutlich mehr Stunden. Denkbar wäre die Methode der Immersion, das heisst, dass gewisse Fächer ausschliesslich in der Fremdsprache unterrichtet werden. Dazu braucht es muttersprachliche Lehrkräfte. Einfach liesse sich eine höhere Lektionenzahl erreichen, indem die zweite Fremdsprache auf die Oberstufe verschoben wird. Durch den späteren Beginn werden Stunden frei, die für die erste Sprache eingesetzt werden könnten.

Welche Sprache zuerst gelehrt wird, soll man den Kantonen überlassen. Es gibt schlicht keinen sachlichen Grund, warum das Französisch sein muss. Wenn von den Anhängern von Frühfranzösisch darauf verwiesen wird, dass umgekehrt in den Westschweizer Schulen längst flächendeckend Frühdeutsch unterrichtet wird, ist das zwar richtig – die Frage muss aber erlaubt sein, ob die Romands deshalb besser Deutsch sprechen, als die Deutschschweizer Französisch beherrschen.

Nadja Pastega, Nachrichtenredaktorin

Symbolstreit der Politiker

Kolumne Rudolf Strahm, Tages Anzeiger vom 12.7.16

Der Bundesrat richtete letzte Woche ein Ultimatum an die Kantone. Sie müssen Frühfranzösisch auf der Primarschulstufe einführen, sonst würde sie der Bund per Gesetz dazu zwingen. Im Vernehmlassungsverfahren präsentiert Bundesrat Alain Berset gleich drei Varianten, um die säumigen Kantone zur Einführung einer zweiten Landessprache in der Unterstufe zu zwingen. Ein Referendum gegen das Gesetz wäre unausweichlich, und es würde ein ganzes Volk zu Experten in Sprachenpädagogik machen.

Mit diesem Vorgehen hat der Bundesrat die Frage des Frühfranzösisch auf eine Ebene gehoben, bei der auch wir Bürgerinnen und Bürger zur Meinungsbildung herausgefordert sind. Was sollen wir pädagogischen Laien von diesem Sprachenstreit halten? Ich gebe redlicherweise zu, dass ich mir, wie wahrscheinlich die meisten Bürger, kein Fachurteil über die richtige Sprachdidaktik und die heftigst umstrittenen Französischlehrmittel bilden kann. Ich versuche hier drei wichtige Punkte herauszuarbeiten, was uns Staatsbürger interessieren muss.

Da ist erstens der Stand der Schulkoordination. Im Mai 2006 wurden die neuen Bildungsartikel in der Bundesverfassung mit 85,6 % Ja-Stimmen-Anteil in seltener Einmütigkeit angenommen. Das wichtigste Versprechen vor der Abstimmung war die Koordination des Fremdsprachenunterrichts unter den Kantonen. Mit dem Bildungsartikel «wird die Mobilität der Bevölkerung weiter erleichtert», versprach der Bundesrat im Bundesbüchlein, das stets an alle Haushalte geht.

Schulkoordination ist gescheitert

Doch dieses Versprechen wurde nie eingelöst. Schon vor der Abstimmung zettelte der damalige Zürcher Bildungsdirektor Ernst Buschor, der die Schule von Reform zu Reform jagte, den Sprachenstreit an: Ohne Rücksicht auf die anderen führte er mit Blick auf den globalisierten Finanzplatz im Kanton Zürich Frühenglisch ein. Die Ost- und Zentralschweizer Kantone folgten gezwungenermassen. Der Bund hatte darauf, trotz des neuen Bildungsartikels, nicht die Kraft und den Willen, eine Koordination des Fremdsprachenunterrichts zu erzwingen. Diese Unterlassung entgegen allen politischen Versprechen - der Schreibende war in der nationalrätlichen Bildungskommission (WBK) - ist der Ursprung des heutigen Debakels.

Um den Wünschen der Romandie und Bundesberns entgegenzukommen, pferchte man darauf gleich zwei Fremdsprachen in die Unterstufe der Primarschule, nämlich Frühenglisch und Frühfranzösisch - mit weiterhin kantonal unterschiedlichen Prioritäten und Lernbeginnstufen. Pädagogische Überlegungen, Kapazität der Lehrpersonen und Schulen, Bewältigungsfähigkeit durch Schüler wurden ignoriert. Der sogenannte Fremdsprachenkompromiss der Kantone von 2004 ist bis heute eine rhetorische Vertuschung der Tatsache, dass die Schulkoordination beim Fremdsprachenunterricht gescheitert ist. Das will auch der Bundesrat jetzt nicht ändern. Er will bloss Frühfranzösisch in die Unterstufe zwingen.

Gutachterstreit um Sprachdidaktik

Da kommt nun die zweite, für uns Bürger wichtige Frage: Sind Frühfranzösisch und Frühenglisch in den ersten Schuljahren mit je bloss zwei mal 45 Minuten Unterricht in der Unterstufe überhaupt nachhaltig und wirksam - oder ist das nur Symbolik? Da scheiden sich die Geister. Die Experten liefern sich Gutachterkriege. Die Linguistin Simone Pfenninger von der Uni Zürich, die als eine der wenigen die Effizienz des Englischunterrichts ab 8 und ab 13 Jahren empirisch verglichen hat, kam zum Schluss, dass die Spätlernenden die Frühlerner nach kurzer Zeit einholten. Spätstarter lernen schneller als Frühbeginner. Nicht der Lernbeginn, sondern die Lernintensität, also die Anzahl Wochenstunden und die engagierte Sprachdidaktik der Lehrperson, seien für den Unterrichtserfolg massgeblich.

Die Studienleiterin erhielt sofort öffentliche Schelte vom Basler Erziehungsdirektor, dem früheren Gewerbedirektor Christoph Eymann. Die Studienergebnisse passten ihm nicht ins politische Schema. Allerdings gibt es aus Dänemark auch gegenteilige Untersuchungsergebnisse. Aber insgesamt gibt es wenige Erfahrungsstudien, die vergleichbar sind.

Lernen Spätstarter schneller?

Der Kanton Thurgau, der nun den Französischunterricht in die Oberstufe verlegen und dafür intensivieren will, erhält politische Schelte aus der Romandie und von Bundesbern. Anstelle der zwei kurzen Französischstunden pro Woche in der Unterstufe will er in Zukunft vier bis fünf Wochenstunden in der Oberstufe einführen, und zwar verbunden mit Projektunterricht, gehalten von sprachdidaktisch ausgebildeten Französisch-Fachlehrern und wenn möglich kombiniert mit einem einwöchigen Austauschaufenthalt in der Westschweiz. Also ein Art Intensivlernen in der Oberstufe.

Wir Laien können die Effizienz dieser Art von Intensivlernen nicht abschliessend beurteilen. Aber wäre dies nicht ein Experiment in der Praxis wert? Lasst doch die Thurgauer einige Jahre dieses Modell praktizieren, betreibt dabei begleitende Bildungsforschung mit einer Erfolgsanalyse und vergleicht die Resultate der verschiedenen Fremdsprachenmodelle am Ende der Schulpflicht!

Da ist noch eine dritte Dimension des Sprachenstreits in Erinnerung zu rufen: Das Übergewicht des Sprachenunterrichts und der Fremdsprachennoten spaltet sozial die Gesellschaft. Je sprachenlastiger die Schule und der Zugang zum Gymnasium gestaltet sind, desto stärker sind Kinder aus bildungsfernen Schichten benachteiligt und Kinder der Bildungselite, die auch mit Privatstunden nicht spart, privilegiert. Rund ein Drittel aller Schulkinder in der deutschen Schweiz haben Eltern mit Migrationshintergrund, viele sind sogar auf Kriegsfuss mit der deutschen Sprache. Nun sollen bereits in der Unterstufe noch zwei Fremdsprachen hinzukommen - und dies erst noch verdünnt mit bloss zwei Wochenlektionen. Die sozialen Konsequenzen wurden nie in Erwägung gezogen.

«Staatspolitische Gründe»

Für mich und die meisten Schweizer ist klar: Am Ende der Schulpflicht müssen die Deutschschweizer Jugendlichen, je nach Schultyp abgestuft, auch Französisch und Englisch können. Französisch muss gesetzlich Pflicht bleiben! Aber alle müssen sich bewusst sein, dass heute die Lingua franca, die Alltagsweltsprache, Englisch ist. Die frankofone Bildungselite hat Mühe, den rasanten Bedeutungsverlust des Französischen in der heutigen Welt zu verkraften. Er hängt mit dem politischen und wirtschaftlichen Abstieg Frankreichs zusammen. Auf diese globalen Trends haben wir keinen Einfluss.

Im Sprachenstreit um Frühfranzösisch geht es um einen Symbolstreit der Politiker. Was jetzt im Vordergrund steht, so die Begründung in Bundesbern, sind «staatspolitische Gründe», es wird der «Zusammenhalt des Landes» herbeibemüht. Pädagogische, soziale, schulbezogene Gesichtspunkte sind dabei den Politikern völlig zweitrangig. Angeblich steht die «nationale Kohäsion» auf dem Spiel. Das ist Symbolpolitik auf Kosten der Kinder!

«Französisch muss gesetzlich Pflicht bleiben!»

«Englisch kann man getrost in die Oberstufe verschieben»

Tages Anzeiger vom 10.12.2014

Eine neue Studie zum Fremdsprachenunterricht liefert ein ernüchterndes Fazit: Frühenglisch bringt nichts. Viel wichtiger ist ein anderer Faktor.

Simone Pfenninger, kommt es darauf an, in welchem Alter Schüler eine Fremdsprache lernen?

Praktisch nicht – zumindest, so wie heute in der Schweiz der Fremdsprachenunterricht praktiziert wird. Das Alter wird stark überschätzt. In unserer Studie verglichen wir Gymnasiasten, die ab 8 Jahren Englischunterricht hatten, mit Gymnasiasten, die erst mit 13 Englisch lernten. Nach sechs Monaten hatten die Spätlernenden die Frühlernenden bereits eingeholt – oder waren sogar besser.

Weshalb?

Frühe Fremdsprachen können auf kurze Sicht die Muttersprache beeinträchtigen. Die Frühlernenden waren in Deutschtests Anfang der Oberstufe signifikant schlechter als die Spätlernenden. Wer allgemeine Fähigkeiten wie Argumentieren, einen Text verstehen oder einen Aufsatz strukturieren in der Muttersprache gut beherrscht, überträgt diesen Vorteil auf die Fremdsprache. Nach sechs Jahren, kurz vor der Matur, sah man zwischen den beiden Gruppen gar keinen Unterschied mehr. Einen Langzeiteffekt von Frühenglisch gibt es also nicht.

Das heisst, jeder Schüler braucht eine gute Deutschbasis, bevor er mit einer Fremdsprache anfängt?

Grundsätzlich ja. Der Fremdsprachenunterricht sollte im heutigen System frühestens in der 5. Klasse beginnen. Das heisst nicht, dass ich gegen frühe Fremdsprachen bin. Aber das heutige Kurzfutterkonzept mit rund zwei Wochenlektionen in der Primarschule pro Sprache ist zum Scheitern verurteilt. Da kommt man auch mit der grössten Sprachbegabung und Motivation auf keinen grünen Zweig.

Was wäre besser?

Will man bereits in der Primarschule anfangen, braucht es mehr Wochenlektionen. Sechs bis acht Stunden pro Woche und Fremdsprache sind das Minimum.

Dann müsste bei anderen Fächern massiv gekürzt werden.

Genau. Aber das geht natürlich nicht. Unsere Studie zeigt: Englisch kann man getrost in die Oberstufe verschieben. Das Resultat ist dasselbe, und dafür könnte Französisch richtig angegangen werden.

Französisch sei schwieriger zu lernen als Englisch, wird oft gesagt.

Es kommt nicht drauf an, wie schwierig eine Sprache ist, sondern wie viel Prestige sie hat. Englisch ist die Weltsprache, das zählt. Ist eine Sprache populär, wird sie gelernt – auch wenn es Chinesisch ist. Kommt hinzu: Wer mit 13 Englisch zu lernen beginnt, ist kein Anfänger mehr. Jugendliche und Kinder sind dem Englischen ständig ausgesetzt. Dadurch erzielt man im Klassenzimmer in kurzer Zeit riesige Fortschritte.

Welche Erkenntnisse ziehen Sie aus Ihrer Studie für die politische Diskussion um den Fremdsprachenunterricht in der Schweiz?

Der Immersionsunterricht auf Sekundarstufe, also wenn beispielsweise auch Geografie oder Geschichte in einer Fremdsprache unterrichtet wird, ist äusserst erfolgreich. Das zeigen Programme etwa bei Zürcher Kantonsschulen oder bei Privatschulen. Die Schüler mit Immersionsunterricht stechen absolut heraus – egal, wann sie mit der Fremdsprache begonnen haben und wie motiviert sie sind. Die Politik sollte hier mehr Geld investieren. Und generell gilt für den Fremdsprachenunterricht: lieber spät und intensiv als lange und halbbatzig. (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

Wo bleibt das Welschlandjahr?

KOLUMNE von Peter Rothenbühler, 12.7.2016 az

Peter Rothenbühler über den Fremdsprachenunterricht und warum es nichts bringt, allen Kantonen den Unterricht einer zweiten Landessprache bereits in der Unterstufe aufzuzwingen.

Alain Berset meint es gut. Er möchte etwas für den Zusammenhalt des Landes tun und denkt, dass dies über das Erlernen einer zweiten Landessprache in der Schule geht. Leider irrt er sich. Auch wenn es ihm gelingen sollte, als eidgenössischer Sprach-Vogt alle Kantone zu zwingen, mit dem Unterricht einer zweiten Landessprache schon in der Unterstufe zu beginnen, kommt er seinem Ziel, etwas Nachhaltiges für den Zusammenhalt des Landes zu tun, nicht viel näher.

Denn das wäre nur ein erster, kaum effizienter Schritt. Der Fremdsprachenunterricht nützt nichts, wenn die Lehrer schlecht ausgebildet und unmotiviert sind und die Schüler den Sinn ihres Lernens nicht einsehen. Der Fremdsprachenunterricht leidet nicht darunter, dass er bald an einigen Orten erst in der Oberstufe beginnt. Nein, er trägt nur wenig Früchte, wenn der Baum des Sprachunterrichts nicht gedüngt und gewässert wird.

Ich will sagen: es genügt nicht, die andere Landessprache in der Schule rein theoretisch zu büffeln,

Peter Rothenbühler: «Es genügt nicht, die andere Landessprache in der Schule rein theoretisch zu büffeln, wenn weder Lehrer noch Schüler je längere Zeit ganz in die zu lernende andere Sprache eintauchen, indem sie sich ins andere Sprachgebiet bewegen.»

wenn weder Lehrer noch Schüler je längere Zeit ganz in die zu lernende andere Sprache eintauchen, indem sie sich ins andere Sprachgebiet bewegen. Oder wenn die kleinen Westschweizer brav Deutsch lernen und, kaum in Zürich angekommen, feststellen müssen, dass dort ein anderes Idiom gesprochen wird. Oder wenn sie im Deutschschweizer Fernsehen die «Arena» mitverfolgen wollen und nur Bahnhof verstehen, weil dort mindestens vierzig unterschiedliche Dialekte gepflegt werden, aber nicht die deutsche Sprache, die sie mühsam – und «im Interesse des Zusammenhalts des Landes» – gelernt haben.

Dort, wo der Bund Weisungsrecht hat, Verantwortung übernehmen

Gerade hier, bei der Förderung des Austausches auf sprachlicher Ebene, könnte der Bund dort, wo er ein gewisses Weisungsrecht hat, Verantwortung übernehmen, statt die Kantone zu massregeln. Übrigens: Das Land fällt auch nicht auseinander, wenn wir alle miteinander nur noch Englisch sprechen. Zu gross sind unsere politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten. Klammer zu. Ich habe es immer bedauert, dass wir zwar vier Landessprachen haben, dafür von aller Welt bewundert werden, dass aber das Land keine massiven Anstrengungen unternimmt, um den Austausch, das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Ich erinnere mich an die Zeit nach der Abstimmung über den EWR, wo die Westschweizer massiv dafür und die Deutschschweizer massiv dagegen gestimmt hatten. Als Versöhnungsgeste hat die «Schweizer Illustrierte» damals mit dem rührigen Luzerner Verkehrsdirektor und den Hoteliers eine Willkommens-Aktion lanciert, die allen Westschweizern erlaubte, ein verlängertes Wochenende in einem Luzerner Hotel zum halben Preis zu verbringen. Sie kamen in Scharen, brachten aus Dankbarkeit ganze Kisten Weisswein mit! Und gesprochen wurde gebrochen Französisch und Deutsch.

Die Mehrsprachigkeit darf man nicht den Schulen allein aufbürden

Und wie war das früher mit dem Welschlandjahr? Jugendliche in der Berufsausbildung lernten erst richtig Französisch, wenn sie ihre Zeit bei einem Weinbauern in Féchy oder bei einer Madame in Epalinges oder auf der Post in Genf absolvierten. Sie zehrten ein Leben lang von den Erlebnissen. Wo ist das Welschlandjahr geblieben? Wo ist der Appell von Alain Berset an Coop, Migros, Swisscom, SBB, Post, Novartis, UBS, Google und Nestlé, wieder systematisch jeden Auszubildenden in das andere Sprachgebiet zu schicken?

Wo bleibt der Appell der Medienministerin an die SRG, nationale Sendungen zu kreieren, wo auf spielerische Art die Mehrsprachigkeit gepflegt wird, als Quiz, als Samstagabendshow, als 1.-August-Sendung. Wo bleibt der Aufruf, doch bitte – auch aus Rücksicht auf die vielen Ausländer – wenigstens den Wetterbericht auf Hochdeutsch zu bringen? Wo bleibt der Rat, französische Filme im Deutschschweizer Fernsehen in Originalversion zu zeigen, mit Untertiteln? Und wo bleibt die Mahnung an alle Radios, wenigstens zehn Prozent Songs zu spielen, die nicht englisch sind? Wo bleibt das forcierte Austauschprogramm für Schüler?

Wo bleiben die Zuschüsse für zweisprachige Zeitungen? Man sieht, der Bund könnte vieles tun, wenn es ihm wirklich ernst wäre mit der Förderung des Sprachunterrichts. Die schweizerische Mehrsprachigkeit darf man nicht den Schulen allein aufbürden. Schwimmen lernen kann man auch nur, wenn man ins Wasser geht.

Lehrplan 21 – keine Methodenfreiheit und kein Klassenunterricht mehr!

Leserbrief, Der Zürcher Bote vom 15.7.2016

Entgegen den Behauptungen in den Medien gibt es mit dem Lehrplan 21 keine Methodenfreiheit und keinen bewährten Unterricht durch den Lehrer mehr. Bezeichnend dafür ist, dass das Wort «Methodenfreiheit» in den «Grundlagen für den Lehrplan 21» der deutschschweizerischen EDK von 2010 noch vorkommt, in den 2016 überarbeiteten Grundlagen für die Kantone jedoch weggelassen wurde.

Die EDK schreibt: «Mit der Kompetenzorientierung ergibt sich eine veränderte Sichtweise auf den Unterricht. Lernen wird verstärkt als aktiver, selbstgesteuerter, reflexiver, situativer und konstruktiver Prozess verstanden.» Mit der «veränderten Sichtweise auf den Unterricht» der Kompetenzorientierung gibt es anstelle von Methodenfreiheit und Unterricht durch den Lehrer nur noch «Methodenvielfalt» und «Lernunterstützung» durch «Lernbegleiter/Lerncoach» für das «selbstgesteuerte, individualisierte Lernen».

Methodenfreiheit für den einzelnen Lehrer ist nur mit dem bewährten Klassenunterricht in Jahrgangsklassen möglich. Bei den «Neuen Lernformen» des LP21 («selbstgesteuertes Lernen», «individualisiertes Lernen», «altersdurchmisches Lernen AdL» usw.) verändert sich die ganze Schulhausstruktur: die freie Unterrichtsmethode für einzelne Lehrer wird zur von oben verordneten «Lern»methode für das ganze Lehrerteam. Sie wird von der Schulpflege und dem Schulleiter eigenmächtig – an Gemeindeversammlung und Eltern vorbei – festgelegt und ist für das ganze Schulhaus oder die Schulgemeinde gültig. Das ist bei den LP21-Versuchsschulen heute schon so. Die Lehrer haben nur noch die Wahl, mitzumachen oder die Stelle zu wechseln. Wird der LP21 flächendeckend eingeführt, können die Eltern nicht mehr in eine Gemeinde mit dem bewährten Klassenunterricht wechseln, sie können dann nur noch wählen, wenn sie sich eine Privatschule leisten können. Das ist der Grund, warum es in mehreren Gemeinden im Zürcher Unterland und am Zürichsee seit einigen Jahren zu Elternprotesten und massenhaften Lehrerkündigungen gekommen ist.

Die Zürcher Gemeinde Obfelden war eine Ausnahme. Dort konnten die Eltern ab 2006 in der Primarschule wählen, ob sie ihre Kinder in die Jahrgangsklasse oder in die umstrittene, neue AdL-Klasse einschulen wollten.

Eltern sind extra nach Obfelden gezogen, weil es dort diese Wahlmöglichkeit gab. 2014 entschied die Obfelder Primarschulpflege plötzlich, die Regelklassen aufzulösen und gegen den Willen vieler Eltern und Lehrer ganz auf altersdurchmischte Klassen umzustellen. Offenbar waren die Erfahrungen der Eltern mit den AdL-Klassen so negativ, dass sie sich vermehrt für die bewährten Jahrgangsklassen entschieden haben.

Dass man die Schüler mit dem Lehrplan 21 isoliert und sie quasi-individuell von einem Lerncoach betreuen lässt, wirkt sich negativ auf die Chancengleichheit aus: «Darunter leiden vor allem die schwachen Schüler die Starken starten durch, die Schwachen werden noch schwächer. Da geht eine Schere auf.» Zitat Ralph Fehlmann, Dozent für Fachdidaktik an der Universität Zürich, Beobachter 4/2015. Das erfolgreiche Schweizer Bildungssystem darf nicht am Volk vorbei klammheimlich beerdigt werden!

Peter Aebersold, Zürich

Der Bildungsauftrag geht alle an

Leserbrief, NZZ vom 15.7.16

Der Lehrplan 21 ist übers Ziel hinausgeschossen. Kaum jemand bestreitet die nötigen Harmonisierungsziele wie einheitliche Schulstrukturen, verbindliche Bildungsziele für jede Schulstufe und eine Festlegung des Auftrags der Volksschule. Dafür genügt ein gut verständlicher Rahmenlehrplan, der verbindlich ist für alle Kantone. Der Lehrplan 21 ist nun aber ein Koloss, der engmaschig alles regeln will und einen unsinnigen Glauben an die Steuerungsmöglichkeiten einer Bildung von oben vertritt.

Da nützt es nichts, dass nun behauptet wird, der neue Lehrplan sei nur ein Kompass. Bereits haben die Pädagogischen Hochschulen begonnen, die unausgegorenen Ideen aus dem neuen Bildungskompass in der Ausbildung zu vermitteln. Wohin dies führt, wenn Lehrpersonen in erster Linie als Coachs die Schüler begleiten und selbstorganisiertes Lernen zum Standard wird, zeigen höchst umstrittene Experimente an einigen Schulen.

Dringend nötig ist eine offene Diskussion über den Auftrag der Volksschule. Damit ist nicht gemeint, dass in einer Detailberatung im Kantonsrat um Lehrplanelemente gestritten werden soll. Es geht um Eckwerte der Bildung und die Rolle der Lehrpersonen im Unterricht. Die Ablehnung des Lehrplans 21 durch acht kantonale Volksinitiativen ist die Folge von viel Geheimniskrämerei in der Erziehungsdirektorenkonferenz rund um den Bildungsauftrag. Jetzt muss auf kantonaler Ebene das Versäumte nachgeholt werden. Die Schule benötigt einen gut verständlichen Lehrplan mit anerkannten Bildungszielen. Diese Grundfrage geht das Volk sehr wohl etwas an.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

16. 7. 2016

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster

info@lehrplan-vors-volk.ch

www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598 5